



Trauer um Wolfram Kistner

Am 4. Dezember 2006 starb Wolfram Kistner. Viele unserer Mitglieder trauern um ihn. In der Zeit der Apartheid gehörte er zu den wenigen weißen Menschen in Südafrika, die sich eindeutig und aktiv auf die Seite der schwarzen Bevölkerung stellten. Nach den ersten freien Wahlen 1994 in Südafrika engagierte er sich bis zu seinem Tod für die Überwindung der Kluft zwischen Arm und Reich. Wir behalten ihn in unserem Gedächtnis.

Aktionstag zu EPAs

In vielen europäischen und afrikanischen Staaten wird am 19. April 2007 vor deutschen Botschaften gefordert: "Wake up, EU!" Aufgrund der deutschen EU-Präsidentschaft findet die Aktion in Berlin vor dem Kanzleramt statt. Dort wird kreativ und nachdrücklich dazu aufgefordert, ungerechte Handelsabkommen zwischen der EU und den AKP-Staaten zu stoppen! Weitere Informationen unter: www.epa2007.de

KOSA MV zum Thema „Neue soziale Bewegungen“

Am 21. April 2007 findet im Gustav-Stresemann-Institut in Bonn ab 10.30 Uhr die Mitgliederversammlung von KOSA statt. Zu Beginn werden Brenda Mofya (KASA), Lothar Berger (issa) und Christoph Beninde (Zimbabwe Netzwerk) über „Neue soziale Bewegungen im Südlichen Afrika“ referieren. Der Nachmittag ist vor allem für Berichte und die Wahl neuer Vorstandsmitglieder reserviert. Infos und Anmeldung: kosa@kosa.org oder Tel. 0521-98648-51

Schulpartnerschaftswerkstatt: „Mais und Maniok“

Der Koordinierungskreis Mosambik lädt LehrerInnen und SchülerInnen der Jahrgänge 5 bis 10 zu einem aktionsorientierten Seminar zum Thema Hunger und Ernährungssicherung vom 3. bis 4. Mai 2007 nach Bielefeld ein.

Angesprochen sind all jene, die sich für Schulpartnerschaftsarbeit (nicht nur mit Mosambik) interessieren. Infos und Anmeldung unter: Tel. 0521-124742 oder kkm@kkmosambik.de (bis 2.4.!)

Aktionen zum G 8-Gipfel

Die Deutsche Regierung lädt im Juni die mächtigsten acht Staaten der Welt zum so genannten G 8-Treffen ein. Im Mittelpunkt soll der Beitrag der G 8 zur „Reformpartnerschaft“ mit Afrika stehen. Unter dem Motto „Eine andere Welt ist möglich“ ruft ein breites Bündnis für Samstag, den 2. Juni zu einer internationalen Demonstration gegen die Politik der G 8 auf. Ballonaktionen, Großpuppen etc. werden die Demonstration durch Rostock begleiten. Eine Musikveranstaltung mit bekannten KünstlerInnen schließt den Tag ab. Bereits am Freitag findet ab 18 Uhr ein „öffentlicher Soundcheck“ statt. Parallel zum G 8-Gipfel wird in Rostock ein Alternativgipfel vom 5. bis 7. Juni stattfinden. Weitere Informationen zu diesen und allen anderen Aktionen unter: www.g8-germany.info

KOSA auf dem Kirchentag

Vom 6. bis 10. Juni findet der Evangelischen Kirchentag in Köln statt. Traditionell wird KOSA an einem gemeinsamen Stand mit KASA und der Aktion Bundesschluss auf dem Markt der Möglichkeiten vertreten sein. Hauptthemen: EPA und die Landfrage im Südlichen Afrika. Zudem ist eine 3-tägige "Werkstatt Afrika" offizieller Teil des Programms. Dort werden vor allem Gäste aus Afrika sprechen, u.a. Marjorie Jobson, Direktor der Khulimani Support Groups. Auch werden zwei Delegierte der TCOE (Trust for Community Outreach and Education) aus Kapstadt ihre Ausstellung „Our Land... our Future“ präsentieren. Die Ausstellung wird im Foyer der "Werkstatt Afrika" gezeigt. Termine und Orte werden bald bei www.kosa.org unter Aktuelles zu finden sein. Dort wird auch das Kirchentags"lesezeichen" mit Informationen zu allen unseren Aktionen bereitstehen.



Freihandel der EU mit Südafrika

Die kürzlich von KOSA herausgegebene Studie „Polarisierung durch Freihandel“ zieht eine Zwischenbilanz des Handelsabkommens der EU mit Südafrika. Im Zentrum steht die Entwicklung Südafrikas in verschiedenen Handels- und Wirtschaftsbereichen. Doch auch Auswirkungen auf einige Nachbarländer kommen zur Sprache. Zudem werden Bezüge zu den gegenwärtigen EPA-Verhandlungen hergestellt. Bestellungen bei: www.kosa.org oder kosa@kosa.org.

Impressum/Herausgeber

Koordination Südliches Afrika
KOSA e.V.
August-Bebel-Str. 62
D-33602 Bielefeld
Tel.: 0521-98648-51
Fax: 0521-63789
kosa@kosa.org / www.kosa.org

Konto

1019894500 SEB AG
BLZ 380 101 11

V.i.S.d.P., Redaktion, Layout

Monika Scheffler
Koordination:
Christoph Beninde

Redaktionsschluss
14.03.2007

Druck

KDR, Bielefeld

INFORMATION

Koordination Südliches Afrika e.V.

Landreform in Zimbabwe

Einseitige Schuldzuweisungen verhindern, dass Lehren für eine positive Entwicklung gezogen werden

Über 70% der schwarzen SüdafrikanerInnen meinen, dass die koloniale Landaneignung rückgängig gemacht werden sollte – und zwar ohne Entschädigung der derzeitigen Besitzer. Auf dieses Ergebnis einer repräsentativen Befragung verwies Theo Kneifel in seinem Vortrag auf dem MAKSA-Seminar „Landreform und ländliche Armut im Südlichen Afrika“ Anfang März. Auch die Enteignung der weißen Farmer in Zimbabwe wecke im Südlichen Afrika überwiegend Sympathien. Es war die westliche internationale Öffentlichkeit, die die Vorgänge äußerst kritisch begleitete. Ihr Fokus lag auf der gewaltsamen Vertreibung der weißen Großfarmer. Doch diese Sichtweise ist einseitig, so der Tenor der Vorträge auf dem Seminar.

Die Fehler der Regierung Mugabe seien deutlich: die katastrophale Umsetzung der Landreform, die fehlende Transparenz, der Mangel an begleitenden Hilfestellungen für die neuen Farmer. Doch darüber dürften wichtige Fakten nicht vergessen werden. Zu nennen sei vor allem das Scheitern der ‚willing seller-willing buyer‘-Strategie, die Dringlichkeit einer wirksamen Armutsbekämpfung durch eine Landreform – und die Verantwortung des IWF. Dieser habe mit seinen Auflagen die sozialen Konflikte geschürt. Damit erhielt auch die Landfrage eine neue Dynamik. Die Ereignisse, so Christoph Beninde vom Zimbabwe Netzwerk, könnten nicht losgelöst von der ökonomischen und sozialen Entwicklung betrachtet werden. Auch dürfe nicht

vergessen werden, dass die Landreform – obwohl ein wesentliches Motiv des Befreiungskampfes – bis 2000 nur schleppend vorangekommen sei.

Die vernachlässigte Perspektive

Erbe des Kolonialregimes war, dass 6000 weiße Großfarmer die Hälfte des verfügbaren Landes besaßen, während 700.000 schwarze Familien sich die andere Hälfte teilen mussten. Nach der Befreiung 1980 waren 15,5 Mio. ha in der Hand weniger Großfarmer; im Jahr 2000 waren es immer noch knapp 12 Mio. ha. Das Abkommen, das die Unabhängigkeit Zimbabwes ermöglichte, war ein Kompromiss. Es schützte die alten Besitzverhältnisse. Die Umverteilung des Landes durch Kauf trieb die Marktpreise in die Höhe. Dies machte eine gerechte Landverteilung extrem teuer. Ein Gesetz ermöglichte zwar ab 1992 Landenteignungen gegen eine faire Kompensation, doch als es 1997 erstmals angewandt wurde, legten von 950 betroffenen Betrieben 841 Einspruch ein. Die Gerichtsverfahren dauerten bis 2005. Auch diese Strategie hat die Umverteilung des Landes also kaum beschleunigt.

Schon in den 90er Jahren kam es zu Landbesetzungen durch die Bevölkerung der „communal lands“. 25% der Kleinbauern dort wirtschafteten auf weniger als 3 ha Land – zu wenig zum Überleben. So verwundert es nicht, dass sich auch im Jahr 2000 neben



Foto: Frauen bei der Ernte; aus der Ausstellung 'Our Land - Our Life - Our Future'



Land für alle! Gute Erfahrungen in Mosambik

den Veteranen des Befreiungskampfes viele Landlose und-arme Menschen an den Landbesetzungen beteiligten.

Trotz der zweifellos undemokratischen Landvergabe sollte nicht aus dem Blick geraten, dass in nur drei Jahren „Fast Track-Landreform“ 6,4 Mio. ha Land umverteilt wurde, davon 4,2 Mio. ha der Kategorie A1. Das sind Ackerflächen von 5 bis 10 ha und Weideflächen von bis 60 ha. Farmen dieser Größe können kaum für den Export produzieren, aber sie reichen für den Eigenbedarf. Und der Bedarf an Land ist nicht gestillt: Noch 250.000 kleinbäuerliche Familien standen 2003 auf den Wartelisten für ein solch kleines Stück Land.

Mögliche Lehren aus Zimbabwe

Eine Landreform, die diesen Namen verdient, muss die Fehler der Vergangenheit unvoreingenommen benennen. Dies forderte kürzlich auch eine Autorin, die seit 17 Jahren in der ländlichen Entwicklung in Zimbabwe tätig ist, in einer TAZ-Beilage (erhältlich beim Zimbabwe Netzwerk). Wesentliche Lehren aus Zimbabwe sind demnach: Ohne eine planvolle und gerechte Landverteilung und ohne eine effektive Ausbildung und Beratung wird eine Landreform zu einem unkalkulierbaren wirtschaftlichen Risiko. Auch müsse eine Balance gefunden werden „zwischen kleinen, mittleren und großen Betrieben, zwischen Landrechten von Frauen und Männern, zwischen Stadt und Land.“ Eine solche Landreform bedarf einer langfristigen Strategie und einer sorgfältigen Planung. Jede Verschleppung bedeutet eine Verschärfung des sozialen Sprengsatzes im Südlichen Afrika. Daher müssen die Länder des Südlichen Afrika bei einer konsequenten Landreform massiv unterstützt – und nicht behindert werden.

Monika Scheffler

Mit wem man auch spricht in Mosambik, jeder hat irgendwo ein Stück Land, eine kleine oder große „Machamba“. Doch trotz der riesigen Landesfläche und der geringen Bevölkerungsdichte gibt es Konflikte um Land – vor allem zwischen ländlichen Gemeinden und kommerziellen Agrarbetrieben.

Wie können die Interessen der Kleinbauern geschützt und gleichzeitig Investoren für eine kommerzielle Landwirtschaft gewonnen werden? Vor dieser Frage stand Mosambik 1997 als ein neues Landgesetz verabschiedet wurde. „Privatisieren!“ verlangten IWF und andere Geldgeber. „Keine Privatisierung!“ forderten zivilgesellschaftliche Gruppen, die fürchteten, dass andernfalls eine große Anzahl von Menschen zu Landlosen werden würden. Am Ende wurde ein Gesetz erlassen, das versucht, kleinbäuerliche Bewirtschaftung und kommerzielle Nutzung miteinander zu vereinbaren. Eine Privatisierung von Land wurde abgelehnt – ein großer Erfolg für die Zivilgesellschaft in Mosambik.

Seit der Unabhängigkeit Mosambiks 1975 gehört alles Land dem Staat. Es darf weder verkauft noch beliehen werden. Im nun verabschiedeten Gesetz zur Nutzung des Landes wird allen MosambikanerInnen ein Recht auf Landnutzung garantiert. In der Praxis werden über 90% des Landes nach traditionellen Methoden durch lokale Autoritäten an Familien vergeben. Parallel dazu vergibt der Staat Konzessionen an kommerzielle Nutzer. Diese Nutzungsrechte werden für 50 Jahre vergeben. Sie können noch einmal um 50 Jahre verlängert werden.

Das neue Landgesetz schützt vor allem die Interessen der Gemeinden, indem es Gewohnheitsrechte mit registrierten Landtiteln gleichstellt. Kann eine Gemeinde eine zehnjährige Nutzung eines Gebietes nachweisen, so verfügt sie über einklagbare Nutzungs-

rechte. Solch ein Gebiet darf nicht ohne Konsultation und Einigung mit der Gemeinde als Konzession vergeben werden. Vergibt der Staat mit dem Einverständnis der Gemeinde Konzessionen auf legalisiertem Gemeindeland, so erhalten die Gemeinden 20% der Konzessionsabgaben.

Besonders erfreulich: Das Landgesetz gibt Frauen ein Recht auf Landtitel. In der Regel bearbeiten Frauen das Land ihrer Ehemänner. Stirbt der Mann oder trennt sich das Paar, verliert die Frau nach traditionellem Recht das Land an die Familie des Mannes. Diese Praxis soll nun der Vergangenheit angehören. Doch häufig haben Gemeinden – und Frauen – Probleme ihre neuen Rechte durchzusetzen. Bestehendes Recht auch einzufordern, erweist sich oft als schwierig. Mehrere Nichtregierungsorganisationen informieren daher Gemeinden und Frauen über ihre Rechte und stehen ihnen in Verhandlungen zur Seite.

Übrigens: Die Farmer, die aus Zimbabwe nach Mosambik kamen, wurden hier mit offenen Armen empfangen. Sie sollten helfen, die landwirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben. Besonders in der Provinz Manica siedelten sich viele dieser Farmer an und lösten tatsächlich einen kleinen Boom aus. Tausende von Arbeitsplätzen wurden geschaffen. Vertragsanbauprogramme erzeugten zusätzliche Einkommensmöglichkeiten für Kleinbauern. Leider war der Boom nur von kurzer Dauer: Da die Anbaubedingungen sich erheblich von denen in Zimbabwe unterscheiden, blieben die Ernten hinter den Erwartungen zurück. Auch fehlt in Mosambik eine unterstützende Infrastruktur. Landwirtschaftliche Kreditvergabe, Subventionen und vor allem Agrarberatung sind nur rudimentär vorhanden. Viele der Farmer gaben daher inzwischen wieder auf.

Andrea Queiroz de Souza

EPAs: Druck auf AKP-Staaten

Das Ziel der EU rückt näher: Die Freihandelsabkommen mit den AKP-Staaten sollen bis zum 31. 12. 2007 unterschrieben sein. Die EU-Kommission setzt die AKP-Staaten daher mehr und mehr unter Druck. Sie sollen sich bereits jetzt verpflichten, die EPAs (Economic Partnership Agreements) zu unterzeichnen. Beim letzten Treffen von EU- und AKP-VertreterInnen Mitte März in Bonn wurde den AKP-Ländern zwar eine „Überprüfung der Wirkungen“ der EPAs im Verlauf von deren Umsetzung zugesagt, aber die Verträge wolle man vor der Wirkungsanalyse „möglichst termingerecht“ abschließen. Bevor also die Auswirkungen der Freihandelsverträge bekannt sind, sollen diese schon unterzeichnet werden.



Foto: Überschwemmung im Tal des Zambezi zwischen Caia und Sena

Die UN-Wirtschaftskommission für Afrika stellt in ihrem Bericht zum derzeitigen Verhandlungsstand fest, dass keine betroffene Region in Afrika genügend vorbereitet ist, ein Freihandelsabkommen bis Jahresende abzuschließen. Davon unbeeindruckt drohen VertreterInnen der EU-Kommission, dass Regionen ihre bis Ende des Jahres laufende Vorzugsbehandlung verlieren könnten, wenn sie nicht termingerecht unterschreiben. Die Deutsche EU-Ratspräsidentschaft ist verantwortlich für den damit einhergehenden Verlust der Glaubwürdigkeit der EU als verlässlicher Partner.

Aktiv werden: Bitte fordern Sie in einer e-mail an Angela Merkel, dass sich die Bundesregierung für faire und entwicklungsfreundliche Handelsabkommen mit den AKP-Regionen einsetzt. Beteiligen Sie sich an der E-mail-Aktion unter: www.epa2007.de. Nehmen Sie am 19. April 2007 an einer Aktion vor dem Kanzleramt in Berlin teil. Infos und Materialien unter: www.stopepa.de, www.epa2007.de.

Mosambik: Sturm, Flut, Dürre

Die verschiedensten (Natur)Katastrophen wüten derzeit in einem der ärmsten Länder der Region. Ein Zyklon zerstörte 90% der 120.000-Seelen-Stadt Vilanculo. Im überfluteten Zambezi geht 120.000 Überschwemmungsoffern die Nahrung aus. Im von Dürre geplagten Süden sind 1 Mio.

größte Teil der Schuldner sind private Haushalte. Viele Kunden beschwerten sich über zu hohe Wasserpreise. Nun dreht die Firma den Schuldnern das Wasser ab und entfernt zudem die Wasserzähler. Auch hier führt also die Kommerzialisierung des Wassersektors dazu, dass die ärmere Bevölkerung von der Versorgung mit sauberem Wasser ausgeschlossen wird.

Südafrika: Sozialversicherungssystem soll eingeführt werden

Präsident Mbeki kündigte in seiner alljährlichen Rede zur Lage der Nation im Februar an, dass die Regierung beabsichtigt, ein Sozialversicherungssystem einzuführen. Dieses soll aus einkommensabhängigen Pflichtbeiträgen gespeist werden. Zwar erhalten bereits elf von 47 Mio. SüdafrikanerInnen eine oder andere Sozialleistung, diese sind jedoch meist sehr niedrig. Insbesondere die Renten sind minimal. Das neue System soll, laut Mbeki, die Risiken Alter, Tod, Behinderung und Arbeitslosigkeit absichern. Außerdem könnten Geringverdiener daraus einen Lohnzuschuss erhalten.

Weltsozialforum in Nairobi

Das erste Weltsozialforum in Afrika stößt auf ein geteiltes Echo. Einhellig positiv wird hervorgehoben, dass das WSF in Afrika stattfand. Doch es hagelt auch Kritik: Kenianische Aktivisten beschwerten sich, sie seien ausgeschlossen worden, weil sie die 5\$ für die Registrierung nicht zahlen konnten. Süd-NGOs beklagen die Dominanz der großen Nord-NGOs. Strategen aus dem Norden, wie Peter Wahl, kritisieren, das Forum zerfalle durch zu viele Einzelthemen zu einem Markt der Möglichkeiten, was zu einer Entpolitisierung führe. Dr. Abdul-Raheem, Leiter der UN-Millenniumskampagne in Afrika, ist besorgt über die Abhängigkeit der afrikanischen Zivilgesellschaft von ausländischen Geldgebern. Diese würden zu "Torwächtern". So sei das erste WSF in Afrika eher ein Treffen von NGOs gewesen als ein Forum der wirklichen sozialen und politischen Bewegungen in Afrika.